

An
das Agendaforum und
den Gemeinderat der Stadt Leonberg

**Arbeitsgemeinschaft Verkehrslärm
Region Leonberg (AGVL)**

Ewald Thoma (Sprecher)
Schwabstr. 22
71229 Leonberg
Tel.: 07152 31027
E-Mail: ewald.thoma@t-online.de
Internet: www.agvl-leonberg.de

Leonberg, 12.5.2014

Stellungnahme der AGVL bzw. der Arbeitsgruppe Immissionen der Lokalen Agenda zum geplanten Ausbau der A8/A81 auf 4 Fahrstreifen

Das Maß ist voll – schon wieder ein Provisorium ohne Schutz vor Lärm und Schadstoffen?

Das Regierungspräsidium hat der Stadt Leonberg die Pläne des **Ausbaus der A8/A81 zwischen dem Stuttgarter Kreuz und Leonberg-Ost** zur Stellungnahme vorgelegt. Es geht dabei um einen so genannten Entflechtungsstreifen, welcher in Richtung Karlsruhe angelegt werden soll. Im Klartext: Es geht um den Bau des 4. Fahrstreifens, den es bereits auf der Gegenfahrbahn gibt. Nun könnte man sagen, das ist ja gut und nur konsequent - man habe sich sowieso gewundert, dass man dies nicht schon längst gemacht hat. Auf der Gegenfahrbahn ist es ja auch schon so. Der Verkehr muss ja schließlich fließen.

Die Sache hat aber für die Leonberger Bürger mehrere Haken:

Wie schon beim Ausbau B464/Lückenschluss soll es keinerlei Lärmschutz geben. Und auch jetzt wieder bewegt sich das RP auf rechtlich schwankendem Boden. Denn begründet wird der Ausbau damit, dass der Bau eines solchen zusätzlichen Fahrstreifens keine **wesentliche Änderung** im Sinne der 16. BImSchV sei. Daher würden nicht die gesetzlichen Grenzwerte der 16. BImSchV gelten. Daher seien keine Anwohner auf der Gemarkung Leonberg von der Baumaßnahme betroffen. Im Übrigen wird darauf verwiesen, dass es irgendwann ein Planfeststellungsverfahren für eine 'offizielle' 4. Fahrspur geben soll. Im Klartext: Schon wieder geht es um eine Art 'Provisorium', ähnlich wie beim Lückenschluss/B 295. Ganz außer Betracht bleiben die Auswirkungen der Baumaßnahme auf den weiteren Streckenbereich außerhalb der Baustelle, d.h. bis ins Stadtgebiet von Leonberg, obwohl ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts die Berücksichtigung solcher 'Fernwirkungen' erst kürzlich ausdrücklich bestätigt hat.

Auch bei den Schadstoffimmissionen sieht das RP keinerlei Handlungsbedarf, da sich die Verkehrsmenge und damit die Immissionen durch die Maßnahme nicht erhöhen würden. Im gleichen Atemzug wird aber als Begründung der Baumaßnahme genannt, dass sich die Verkehrsmenge bis 2025 von 152.000 Kfz/Tag auf 170.000 Kfz/Tag erhöhen werde. Damit befindet sich dieser Streckenabschnitt im Spitzenbereich Deutschlands und Europas. Diese Verkehrsmenge ist nur mit 4 Fahrstreifen zu bewältigen.

Diese Taktik hat bei Fernstraßenprojekten im Leonberger Raum inzwischen fast schon Tradition. Das RP versucht mit einer Art Salami taktik mit äußerst strenger Auslegung der ohnehin bescheidenen Gesetzeslage und Verwaltungstricks, Lärmschutz einzusparen. Dazu seien auch die vergeblichen Bemühungen der AGVL erwähnt, den Lärmschutz entlang der A 8 von Leonberg West bis Rutesheim durch eine Geschwindigkeitsbegrenzung und andere Maßnahmen zu verbessern. Statt die gesetzlichen Bestimmungen bürgerfreundlich auszulegen und Spielräume zu nutzen, geschieht das Gegenteil.

Spätestens jetzt müssen in Leonberg die Alarmglocken schrillen. Denn diese Salami- Taktik verstellt den Gesamtblick darauf, was Leonberg an Lärm- und Schadstoffbelastung bereits heute zu ertragen hat und vor allem, was auf Leonberg noch zukommen soll:

Alleine durch den Ausbau der A8/A81 und den Lückenschluss/B 295 soll sich rund um Leonberg die Verkehrsmenge von 2010 bis 2020 bzw. 2025 **um ca. 40.000 Kfz/Tag, erhöhen**. Darunter auch überproportional der besonders belastende **nächtliche LKW-Verkehr**. Nur zum Vergleich: Das ist die doppelte Menge dessen, was in der Grabenstraße fährt oder die **Verkehrsmenge einer zusätzlichen Autobahn**.

Jeder Bürger in Leonberg weiß, dass die Autobahnen teilweise nahe an Wohngebieten vorbei führen und dadurch fast schon als innerstädtische Straßen zu werten sind. Darüber hinaus führen sowohl die A8/A81 als auch die B 295 und die A8 über Steigungsstrecken aus Leonberg heraus und überziehen daher als 'Lärmtrompeten' das Stadtgebiet besonders stark mit Lärm. Außerdem führt im Nordwesten eine stark befahrene Güterbahnlinie vorbei, welche eine ähnlich hohe Lärmbelastung wie eine Autobahn hat und von der anderen Seite der Stadt ähnliche Wirkung erzeugt. Auch die Bahnstrecke soll nach Prognosen der Bahn AG eine Verkehrszunahme ohne gesetzlichen Lärmschutz erfahren. Hinzu kommt auch noch Fluglärm, da Leonberg in einer Einflug/Abflugschneise des Stuttgarter Flughafens liegt.

Die hohen Verkehrsmengen bewirken natürlich auch hohe Schadstoffemissionen. Dies führt dazu, das Leonberg pro Gemarkungsfläche und pro Einwohner inzwischen mit Abstand die am stärksten belastete größere Stadt in der Region Stuttgart ist. Nicht Stuttgart ist so gesehen die Feinstaubhauptstadt der Region, sondern Leonberg.

Diese Situation ist der Tatsache geschuldet, dass der gesamte Fernverkehr und der Umgehungsverkehr des Ballungsraums Stuttgart über die Leonberger Gemarkung führt. Letztlich ist dies die Folge einer gescheiterten Verkehrsplanung im Ballungsraum Stuttgart. Statt Leonberg aber nach Kräften zu unterstützen, um diese besondere Belastung abzumildern, versucht das Regierungspräsidium (und die dahinter stehenden politisch Verantwortlichen im Land und im Bund) mit allen Tricks, uns den notwendigen Schutz zu verweigern.

Leider ist auch die derzeitige Lärmgesetzgebung bei solch hohen Verkehrsbelastungen völlig ungeeignet. Sie stammt noch aus den 70er-Jahren als solche Verkehrsmengen nicht vorstellbar waren. Die verschiedenen Lärmarten (Straße, Bahn und Flugverkehr) werden nur isoliert betrachtet. Der tatsächlich auf die Menschen wirkende **Gesamtlärm wird gesetzlich ignoriert**. Auf dieser veralteten Grundlage ist das grundgesetzlich garantierte Recht auf körperliche Unversehrtheit nicht mehr gewährleistet. Es besteht dringender Anpassungsbedarf der gesetzlichen Regelungen an die Realität.

Vor diesem Hintergrund ist es nicht damit getan, dass nun bei diesem Projekt von der Stadt wieder nur eine punktuelle Stellungnahme zu irgendeinem Provisorium gemacht wird, sondern es braucht endlich

Die Arbeitsgemeinschaft Verkehrsärm Leonberg (AGVL) wird von folgenden Vereinen/Initiativen getragen:
Bürgerforum Magstadt e.V., Bürgerinitiative Bahnärm Leonberg –Höfingen, Bürgerverein Eltingen e.V., Bürgerverein Leonberg-Ezach e.V. Bürgerverein Leonberg Silberberg e.V., Bürgerinteressengemeinschaft Gartenstadt/Glemstal e.V. (BiGG), Haldenberg Leonberg Initiativgemeinschaft (H.A.L.Lig), Bürgergemeinschaft Ramtel e.V., Interessengemeinschaft Renningen-Kindelberg, Interessengemeinschaft Renningen-Hummelbaum

- eine Gesamtschau der derzeitigen und künftigen Lärm- und Schadstoffsituation nach den vorliegenden Prognosen
- eine transparente und öffentliche Diskussion
- ein Konzept, wie man die Folgen vermeiden oder zumindest abmildern kann
- eine bessere Zusammenarbeit und gemeinsame Interessenvertretung mit den umliegenden Gemeinden
- Wesentlich härtere Verhandlungen mit dem Regierungspräsidium über Lärmminierungsmaßnahmen im Rahmen der förmlichen Beteiligung der Stadt bei konkreten Planungen. Die Diskussion im Planungsausschuss am 8. Mai zum Ausbau der A 8/A81 ist dafür eine gute Grundlage und geht in die richtige Richtung. In gleichem Sinne müssten aber auch die Verhandlungen zum Projekt Lückenschluss nachgeholt werden. Auch freiwillige Leistungen aufgrund der besonderen Belastung von Leonberg dürfen kein Tabu sein (z.B. aus dem Lärmsanierungstopf). Damit wären Lösungen bis hin zur Deckelung der Autobahn und der B 295 in den Steigungsbereichen denkbar. Was für Böblingen und viele andere Städte gemacht wird, muss auch für Leonberg möglich sein.

Die Instrumente für die Umsetzung sind längst vorhanden:

- Als '**Gesamtschau Lärm**' die sofortige Erstellung der 2. Stufe des **Lärmaktionsplans** für Leonberg. Der Termin dafür ist ohnehin überfällig. Andere Gemeinden sind damit schon längst fertig. Damit wäre auch die Beteiligung der Bürger geregelt.
- Als '**Gesamtschau Schadstoffe**' die Fortschreibung des **Luftreinhalteplans** bezüglich der Einbeziehung der Autobahnen und der B 295. **Das 'Autobahn-Tabu' darf es nicht mehr geben.**

Diese Vorschläge sind nicht neu. Schon seit Jahren versucht die AGVL, Verwaltung und Gemeinderat dafür zu gewinnen und hat meist in Eigeninitiative (vergebliche) Vorstöße beim Regierungspräsidium und dem Verkehrsministerium gemacht. Wir würden uns freuen, wenn wir nun mehr Unterstützung fänden. Die Lärm- und Schadstoffbelastung muss auf die politische Tagesordnung in Leonberg. Neben der Gesundheitsgefährdung der Bürger drohen Leonberg massive Standortnachteile. Bereits heute sind Nachteile spürbar, z.B. bei Auflagen für Bauvorhaben, welche die Spielräume der Stadt bei Bauplanung einschränken und/oder Zusatzkosten verursachen (z.B. für Lärmschutzmaßnahmen). Wir müssen aufpassen, dass wir nicht in eine ähnliche Situation wie z.B. im Mittelrheintal kommen, wo wegen des massiven Bahn lärms bereits viele Leute wegziehen und die lokale Wirtschaft leidet.